

Wahrnehmung durch Staatsministerin Cornelia Pieper

Frage Nr. 46

MdB Ulla Jelpke

Fraktion DIE LINKE.

Frage:

Welche Position bezieht die Bundesregierung aus menschenrechtlicher Sicht zu dem Strafverfahren gegen den nigerianischen Studenten Olaolu Sunkanmi Femi in der ostukrainischen Stadt Lugansk, der wegen versuchten Mordes angeklagt ist, während Menschenrechtsorganisationen einen rassistischen Hintergrund des Verfahrens befürchten, und inwiefern steht sie mit den ukrainischen Behörden diesbezüglich in Verbindung?

Antwort:

Der nigerianische Staatsangehörige Olaolu Femi befindet sich seit November 2011 in Lugansk im Osten der Ukraine in Untersuchungshaft. Ihm wird versuchter Mord vorgeworfen. Mehrere ukrainische Menschenrechtsorganisationen sind davon überzeugt, dass es sich um Notwehr gehandelt hat und engagieren sich für Olaolu Femi. Die Bundesregierung steht über die Deutsche Botschaft Kiew mit diesen Menschenrechtsorganisationen in engem Kontakt.

Die Bundesregierung setzt sich sowohl im bilateralen als auch im multilateralen Rahmen gegenüber der Ukraine seit langem für den Schutz von Minderheiten und gegen Xenophobie und Diskriminierung ein und wird dies auch weiterhin mit Nachdruck tun.

Die Bundesregierung wird auch die weitere Entwicklung im Fall Olaolu Femi genau beobachten und, sollte dies erforderlich werden, das Thema mit ihren ukrainischen Gesprächspartnern aufnehmen.